27 K 37/23

Amtsgericht Kleve

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, 22.01.2027, 13:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal D 100, Schloßberg 1 (Schwanenburg), 47533 Kleve

folgender Grundbesitz:

Teileigentumsgrundbuch von Pfalzdorf, Blatt 1974,
BV lfd. Nr. 1
222/562 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Pfalzdorf, Flur 35, Flurstück 17,16,20, Gebäude- und Freifläche, Am Gocher Berg, Größe: 2.025 m² verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken bestimmten Räumen im Erdgeschoß, im Aufteilungsplan mit 4 bezeichnet, sowie einem Sondernutzungsrecht.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um gewerblich genutzte Räume, eine LKW-Garage sowie um eine Doppelgarage mit Lagerfläche.

Ehemalige Garagen sind durch Umbau und Erweiterung in Büro- und Lagerräume umgewandelt worden.

Die Errichtung der LKW-Garage und der Doppelgarage mit Lagerfläche ist ohne Baugenehmigung erfolgt.

Die Gebäude sind teilweise einsturzgefährdet.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.08.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

21.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.